

Plauder-Milch-Selle
 Baden-Kinder-Paradise
 Dresden, Hauptstr. 10
 Gegr. 1848

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
 Aufl. 56,000 Stüd.

Closets & Badeartikel
 Friedrich Gappisch
 Dresden, A. Marktstr. 11
 Fabrik: Fischplatz

Vollständige Reise-Ausrüstungen
 liefert **Robert Kunze**, Aumarkt 1, Rathhaus.

Wasserheilstaat „Theresienbad“
 in Eibswald b. Teplitz-Böhmen.
 Schönste, gesündeste Lage, vollständig geschützt, inmitten der herrlichsten Waldungen. Für Nervenkranke und für Nachkur bestens empfohlen. Auskunft erteilt bereitwilligst der Anstalts-Director Dr. Kurys.

MATTONI'S GIESSHÜBLER
 SAUERBRUNN

MOHRENAPOTHEKE, WEIS & HENKE, KRONENAPOTHEKE
 Hauptniederlagen in Dresden: Pilsener Platz, Schloßstr. 11, Neustadt.

Frühjahrs-Anzüge Frühjahrs-Paletots
 fertig und nach Maass.
Robert Eger & Sohn, 5 Frauenstr. 5.

Breitestrasse 21 Lederwaren-Specialität! C. Heinze, Lederwaren-Specialität! Breitestrasse 21 (Eckladen).
 Reichste Auswahl von **Schulportemonnais** für Knaben u. Mädchen, **Schultaschen**, am Armo oder Rücken zu tragen, **Reise-, Markt-, Brief- und Damontaschen**, Koffer, Portemonnais, Cigarren-Etuis, Albums etc. Billige Preise. Gutes Material.

Nr. 98. Spiegel: Militärvorlage, Aenderung der Verfassung. Sonntagsblätter, Sandfeuerwaffen, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Nichtenbergs | Sonnabend, 8. April.

Politisches.
 Die Osterferien des Reichstages haben uns auf einige Tage eine wohlthätige Stille in der inneren Politik gebracht. Nur der offizielle Apparat klopft weiter, ohne daß es ihm trotz der Unabhängigkeit Tagespolitik zu berechnen ist. Aber die Ruhe, welche augenblicklich herrscht, scheint die unheimliche Stille vor dem Sturm zu sein. Denn völlig dunkel ist der innerpolitische Horizont und das politische Wetterglas läßt das Nahen eines Gewitters. Unsere Lage ist ungewöhnlich ernst und bitter. Je näher die parlamentarische Entscheidung über die Militärvorlage rückt, um so ungewisser wird der Ausgang, den die drohende Krise nehmen wird. In weiten Kreisen glaubt man an die Reichstagsauflösung. Jedoch ebenso allgemein ist zugleich die Ansicht, daß Neuwahlen in keinem Falle eine Zusammenziehung des Reichstages zu Gunsten der Militärvorlage herbeiführen würden.

Die deutsche Volkvertretung hat in ihrer kurzen Geschichte zwei Auflösungen erlebt, 1878 nach Ablehnung des ersten Ausnahmengesetzes gegen die Sozialdemokratie und neun Jahre später nach der Ablehnung des Septennats. In beiden Fällen wurde durch die Auflösung für die verbündeten Regierungen ein günstiges Resultat erzielt und durchgesetzt, was Bismarck gefordert hatte. Heute liegt nicht die geringste Wahrscheinlichkeit vor, daß auch die dritte Reichstagsauflösung zum Ziele führen wird. Der erste Reichstagsantrag bezieht das unerschütterliche Vertrauen der Mehrheit der Nation. Seine Politik nach Außen und im Innern hatte die glänzendsten Erfolge aufzuweisen, weil sie von einem mächtigen nationalen Selbstbewußtsein getragen war und alle Staatsgeschäfte von einem unvergleichlich genialen, starken und zielbewußten Staatsmann geleitet wurden. Jenes Vertrauen zu der obersten Leitung der Reichspolitik, die sich in den letzten Jahren widerspruchsvoll und schwankend gezeigt hat, ist heute nicht mehr vorhanden.

Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, die nach den allseitigen Warnungen als unverantwortlich und schier unberechenbar bezeichnet werden müßte, wenn die leitenden Regierungskreise sich noch immer der Illusion hingeben wollten, daß durch den Appell an das Volk ein gezügelter Reichstag zu erlangen ist. Keine von den nationalen Parteien könnte der Regierung im Wahlkampf eine zuverlässige Stütze bieten. Das Kartell, welches bei der Auflösung vor 6 Jahren die Regierung unterstützte, besteht nicht mehr. Die Konservativen würden in der Wahlkampagne zwar für die Militärvorlage eintreten; aber ihren Beständen würden sie nur behaupten können, wenn sie zugleich die schweren Fehler der Caprivischen Politik im oppositionellen Sinne verurtheilen und sich die starken agrarischen und antikemikalischen Unterströmungen, die doch von dem jetzigen Leiter der Reichspolitik wenig oder gar nicht zu hoffen haben, zu Nütze zu machen wissen. Der konservativ-republikanische „Reichsbote“ erklärt: „Wenn die konservativ-republikanische Partei sich auch jetzt auf die Seite der Militärvorlage gestellt hat, so ist sie doch keineswegs so eingenommen für dieselbe, daß sie einen Wahlkampf für sie wagen würde, sondern dafür müßte sie sich schon eine andere Parole wählen.“ Auch die Nationalliberalen würden bei den Neuwahlen, wenn sie konsequent sein wollen, mehr die Macht der Opposition verthäten als die Position der Regierung. Ihr Führer hat am letzten Tage der Verhandlungen in dem Verensauswärtigen in der eindringlichsten Weise seine ersten Bedenken gegen das Vorgehen der Regierung dargelegt. Er hat mit Recht von seinem spezifischen Parteistandpunkt aus von der „perniciösen“ Wirkung einer Reichstagsauflösung gesprochen. Den Versuch, sich im Wahlkampf als die Schutztruppe des Grafen Caprivi auszuweisen, würde für die Nationalliberalen gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf ihr Dasein. Obgleich werden sie als Schutztruppe eines Führers, der in jedem künftigen Wahlkampf einen harten Stand haben. So wenig wie die konservativ-republikanische Partei gegenwärtig als Regierungspartei angesehen werden. Ihr wogegenwärtiger Kompromiß zu der Militärvorlage ist mit derselben Schroffheit als unannehmbar zurückgewiesen worden wie die Gegenstände der Pressenartikel und des Centraums. Die bedingungslose Annahme der Militärvorlage können die Nationalliberalen mithin nicht als Wahlparole wählen. Wenn sie folgerichtig handeln, würden sie in der Wahlbewegung auf Seite der Ablehnenden stehen und Arm in Arm mit dem radikalen Liberalismus unter Eugen Richter's Führung gehen.

Angeht das absolute Rangelt jeder Stimmenschaft könnte die Auflösung des Reichstages nur einen Sinn haben, wenn die verbündeten Regierungen zugleich mit dieser Maßregel zu dem Entschlusse gelangen, einen Verfassungskonflikt auf sich zu nehmen, wie ihn König Wilhelm von Preußen in den Jahren von 1862 bis 1866 durchzumachen hatte. Die Konfliktsoverein Bismarck ohne Bismarck und mit Caprivi zu wiederholen, diese jedoch die lange Reihe von Fehlern, die der neue Kurs bereits auf seinem Konto hat, um den schwerwiegendsten, verhängnisvollsten vermeiden. Si duo sciunt idem, non est idem. Wenn zwei dasselbe thun, so ist es doch lange noch nicht dasselbe. Als Bismarck den Verfassungskonflikt begann, stand er am Beginn seiner Laufbahn, die zu den höchsten Hoffnungen berechtigte. „Fürst Bismarck“, schrieb kürzlich sogar die fortschrittliche „Post“, „war damals erfüllt von dem Glauben an seinen Stern, er war durchdrungen von der Ueberzeugung, daß er berufen sei. Unternehmungen durchzuführen, auf die Deutschland Jahrzehnte hindurch vergeblich gewartet hatte. Dieses Bewußtsein von seiner Kraft, von seinem Verufe zu außergewöhnlichen Dingen fehlte dem Grafen Caprivi.

Er hat beinahe sechs Jahre gelebt, ohne in sich den Beruf der Staatsmannschaft zu entdecken, an den Fürst Bismarck von früherer Jugend an geglaubt hatte.“ Graf Caprivi hat bisher nur Niederlagen erlebt. Er ist amüsiert; nach seinem eigenen Bekenntnisse harrt er als gehobener Soldat auf seinem Posten aus, nur weil er der Wille seines Königs verlangt. Mit einem solchen Staatsmann, von dem ein Königsrath oder ein Edler weder in der auswärtigen noch in der inneren Politik zu erwarten ist, kann man keinen Konflikt beizulegen. Ein zweites Moment bedarf der Berücksichtigung. Deutschland ist ein vielköpfiger Bundesstaat und nicht wie Preußen ein fest gefügter Einheitsstaat. Bei dem preussischen Konflikt vor 30 Jahren hatte man nur mit dem letzten Willen eines gemäßigten Staatsmannes zu rechnen, der das volle Vertrauen seines Königs besaß. Heute geht es damals nur, den verbündeten Willen einer einzigen Volkvertretung zu brechen. Bei einem Verfassungskonflikt oder richtiger gesagt, bei einem Verfassungsbruch in der deutschen Reichs würde man ungleich mehr Faktoren in Berücksichtigung ziehen müssen, als ebendamals in Preußen. Nicht von Kaiser Wilhelm II. und seinem obersten Rathgeber allein könnte der Versuch unternommen werden, im Widerstande zu dem Reichstage die Militärvorlage durchzuführen. Es bedürfte der Zustimmung der einzelnen Bundesregierungen. Nicht bedenkenlich wäre es schon, wenn im Bundesrat keine Einmütigkeit erzielt werden könnte. Ein solcher Verfassungsbruch würde einen recht bedenklichen Präcedenzfall schaffen, der schließlich einmal dahin führen könnte, beispielsweise die Reservatrechte einzelner Bundesstaaten aus angeblich nationalen Interessen aufzuheben. In der Verfassung des Deutschen Reiches darf nicht gerüttelt werden, wenn der Bestand desselben nicht gefährdet werden soll. Von der Verfassung zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage ist ein Konflikt zwischen dem Reich und einzelnen Bundesstaaten und zu weiteren Konflikten innerhalb der Einzelstaaten auszuweichen. Weder unsere innere Lage noch unsere auswärtige Politik würde einem so harten und langen Kampf, wie ihn ein Militärkonflikt von der Art des preussischen mit sich bringen würde, ohne schwere Verletzungen unserer nationalen Würde, ohne im Innern wie nach Außen hin zu ertragen vermögen. Man muß Herrn von Bennigsen zustimmen, wenn er in seiner letzten Rede in der Militärkommission die Befürchtung äußert, daß Deutschland in ganz unabweisbare Konflikte hineintreibt, „obwohl es zweifelhaft ist, ob wir noch bei unsren Begehren wieder in geficherte Zustände gelangen können.“

nicht dazu angethan, übermäßige Hoffnungen oder scharfe Erwartungen hervorzuheben. Andererseits wird die gute Aufnahme der Erklärung seitens der Kammer betont und darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche auf den baldigen Einzug des Reichstages rechneten, Enttäuschungen erleben könnten. Bismarck wird die gleichzeitige, feindselige Haltung des Senats gegenüber der Regierung, Erklärung konstatiert. Der Senat scheint entschlossen zu sein, in der Budgetfrage nicht nachzugeben.

Paris. Die Panama-Gesellschaft veröffentlicht den gestern unterzeichneten Verlehnungsvertrag für die Ausführung des Panamakanals. Eine am 31. October 1884 ablaufende Frist von 20 Monaten ist beauftragt die Bildung der neuen Gesellschaft bewilligt, welche innerhalb 10 Jahren, von der Konstitution ab gerechnet, den Canal ausführen soll.

Venedig. Die „Venezianische Zig.“ meldet, daß bei einem Erdbeben in der Stadt Malatya im westlichen Anatholien 288 Häuser total zerstört wurden und 5000 unbewohnte geworden sind. Alle Mauern und Kirchen sind zerstört. 800 Menschen starben einem Trümmerhaufen; 150 Personen sind unversehrt geblieben. Die Regierung antwortet, den künftigen Winter stark abzuwehen und Frankreich den Posten zu verlassen.

Christiana. Ein Rundschreiben des Justiz- und Polizeidepartements erklärt die Höfen des Deutschen Reiches für feindlich.

Bukarest. Baron Nix hat den jüdischen Gemeinden Rumaniens 3 Millionen Reichsgeulden die Errichtung eigener Schulen, da infolge des von der Kammer angenommenen Unterrichtsgesetzes die in Rumänien lebenden Juden (Juden) sich gänzlich vom Schulbesuch ausgeschlossen werden.

New York. Gestern fand in Solte Lake Utah die Eröffnung der großen Mormonenkirche statt, deren Bau 40 Jahre gedauert hat. Die Kosten betraugen sich auf 5 Millionen Dollars.

San Francisco. Die Polizei verhaftete sechs Teilnehmer eines Dynamitanschlags gegen die im Hafen liegenden Dampfer. Die Untersuchung wird in ausgedehnter Weise fortgesetzt.

Die Berliner Börse eröffnete schwach. Angeblich vermittelte die Meldung, daß die betretenden preussischen Anstalten von der beabsichtigten Emission einer neuen 5% preussischen Anleihe mit Rücksicht auf die Ausgabe deutscher Staatsanleihen abzusehen und die Subskription auf die Oesterreichische Anleihe nur bei Rücksicht in London stattfinden. Infolgedessen fanden heute keine Käufe in Diskontokommandit statt; auch andere Banken wurden schwächer. Deutsche Bahnen auf Kohlenlieferungen gedrückt, auch schweizerische Bahnen schwächer. Fremdwerte fest, Renten behauptet. Schiffahrt-Aktien niedriger. Renten 4 1/2%, preussische Anleihen schwächer; russische Noten ca. 0.50 Mk. niedriger. Schluss befristet. Im Kassaverkehr feste Tendenz, besonders für Discontopapiere. Prozentige Anleihen schwächer. Wechselkurs 1 1/2 Proz. Nachbörse befristet. — Wetter: Schön, Wind westlich.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. April.

Berlin. Prinz Friedrich Leopold kam gestern von Potsdam nach Berlin, um dem Kaiser persönlich die Geburt seines zweiten Sohnes zu melden. Dem Substitut wurde die in Glonitz erfolgte Geburt des Prinzen durch 72 Salustische Landgesellen, deren Lösung der Kaiser vom Kaiserthum beabsichtigt, die öffentlichen Gebäude waren besetzt. — Zur Feier der Silberhochzeit des italienischen Königspaars wird ein großer Fest in europäischen Maßstäben am dieses veranlassen sein; von den nächsten Verwandten des Königs und der Königin werden die Königin-Weitwe von Portugal, die Schwester des Königs und ihr zweiter Sohn, Prinz Alfonso, zugegen sein. Von fremden Fürstlichkeiten, außer dem deutschen Kaiserpaar, von Oesterreich Erzherzog Kaiser, von Russland Großfürst Wladimir, letzters der Königin von Großbritannien der Herzog von York. Der Besuch des Kaisers beim Besuche soll am 23. April erfolgen, am Tage nach der Hochzeitsfeier, dann folgt die Reise nach Neapel. Bei Castella Mare soll eine kleine Kistenkiste stattfinden, die zweite, größere Flotten-Ansicht soll in der Stadt stattfinden. — Der Reichsanwalt Graf von Caprivi erhielt vom Sultan den Diamantenorden in Brillanten. — Der Prinzregent von Bayern läßt sich bei der Silberhochzeit des italienischen Königspaars durch seinen Kämmerer General v. Porcino vertreten. — Die Kommission für die zweite Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches tritt am 10. d. M. wieder zusammen. — In der Meldung, daß in den Wägen von Diaboli im Damastlande große Papierfabrik aufgefunden seien, ist zu bemerken, daß diese Wägen nach der sogenannten Damastland-Konvention in das Gebiet eingeschlossen sind, in der der englischen Gesellschaft das ausschließliche Recht zur Aufzucht und Gewinnung von Mineralien zusteht. — Die internationale kriminalistische Vereinigung nahm heute zu dem Thema „Die Behandlung der verurtheilten und verurtheilten Jugend“ folgende vom Staatsanwalt Appellus-Eberfeld aufgestellte Thesen an: Es empfiehlt sich, das Alter der Strafmandatigkeit bis auf das 14. Lebensjahr hinauszurücken; wer bei Begehung einer strafbaren Handlung das 14. Jahr nicht vollendet hat, kann daher wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden. Es kann jedoch in diesem Falle nachträglich überwachende Erziehung eintreten. — Bismarck's viel umstrittenes Bild „Suzanna im Bade“, das im vorigen Jahre für 20,000 Mk. von der Ausstellung von Paris verkauft wurde, ging bei 30,000 Mk. von der Ausstellung von Paris für 300 Mk. in Besitz eines biesigen Kunsthandlers über. — Der Ballon „Humboldt“ trat biesigen Vormittag seine vierte Ausfahrt an. Der Führer des Luftschiffes, Premierleutnant Grop, hofft Bayern zu erreichen. — Der 15-jährige Raubmörder, der Arbeiterjurist Karl Schmidt, der am 1. Februar Abends die 11-jährige Schiedsman Verda Verdonck und deren 17-jähriges Schiedsman ermorde, wurde heute zu 15 Jahren Gefängnis, zur höchsten zulässigen Strafe, verurtheilt. Als Schmidt den Gerichtssaal verließ, gab ihm der Chemiker der Ermorde einen Fackelzug mit auf den Weg.

Berlin. Der Redacteur der „Zukunft“, Maximilian Harden, wurde heute betreffs des Artikels „Monarchenerziehung“ freigesprochen. Die Anklage lautete auf Majestätsbeleidigung.

Ratibor. Im Torke Kloster kam es zwischen Soldaten der Garnison und Dorfbewohnern zu einer blutigen Schlägerei. Erstere gebrauchten ihre Seitengewehre. Mehrere Wunden, Stangen und Latzen. Acht bis zehn Soldaten, darunter zwei tödtlich, und neun Civilisten wurden verwundet. Die Militär- und Civilbehörden leiteten sofort Untersuchung ein.

Wien. Die amtliche Zeitung theilt mit, daß der Großherzog seiner besonderen Freude darüber Ausdruck gegeben, daß man in dieser Zeit einen Festkommers zur Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck veranstaltet habe. Der Großherzog soll, wie bei der Feier erzählt wurde, es bedauern haben, nicht persönlich teilnehmen zu können.

Paris. Die Königin von Portugal ist nach Rom gereist, um den Verfall der Silberhochzeit zu besuchen.

Paris. Die Weisung der Regierung findet die geistige Erklärung der Regierung in der Kammer wenig bedeutend und

Cerliches und Sächliches.

Se. Majestät der Königin legte sich gestern Vormittag von Villa Strehlen in das Residenzschloß und nahm die Vertikale der Herren Staatsminister und Departementschefs, der Staatssekretäre, sowie militärische Meldungen entgegen. Nachmittags feierte der Monarch nach Villa Strehlen zurück.

Die diesjährige Königsparade findet Sonntag den 23. April, Mittags auf dem Hauptplatze statt.

Wie veranlagt, sollen im Herbst in der Umgegend von Reibersdorf Manöver abgehalten werden, denen Se. Majestät der Königin beizuwohnen wird. Derselbe wird dann im dortigen Schlosse auf etwa eine Woche Quartier nehmen.

Hofmarschall v. Carlwit erhielt von Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt das Dankentreeu 1. Kl. Hofdirektor Kurt Alexander Gutwiler in Dresden erhielt den Königl. preuß. Rothen Adlerorden 1. Kl. und der in Aufhebung gestellte Major beim Amtsgerichte Sittau, Kommissionsrath Karl Hermann Gössel das Ritterkreuz 2. Klasse vom Großherzog.

Zum Ehrendoktor der Theologie wurde Herr Oberkonsistorialrath Dr. v. K. Hermann hier von der theologischen Fakultät in Leipzig ernannt.

Der bisherige Direktor des Seminars zu Koffen, Dr. v. Ludwig Wilhelm Otto Fexil, wurde zum Direktor des Seminars 1. in Göttingen und der bisherige Oberlehrer am Seminar in Hildesheim Karl Heinrich Nietzschel zum Direktor des Seminars in Koffen ernannt.

Die bei der Kaiserl. Oberpostdirektion zu Dresden am 1. April d. J. neu errichtete Postinspektorateile in dem Postinspectorat S. m. d. in Danzig übertragen werden.

Der Geh. Med.-Rath Dr. Fiedler hat gestern eine dreiwöchentliche Urlaubsbereise angetreten.

Das am 1. d. M. in Kraft getretene Gesetz über die Prüfung der Länse und Reichslande der Sandkornarten wird vielfach als eine lästige und unnütze Erneuerung betrachtet. Diese Auffassung ist aber irrig. Das neue Gesetz hat den preussischen Zweck, der deutschen Gewerbindustrie auch ferner die Ausfuhr nach Belgien, England und Frankreich zu ermöglichen und dem inländischen Käufer durchgehende Sicherheit für die Güte des Materials zu bieten. Auf Erfüllung der von ihm gelieferten Handwerker zu achten. Auf Erfüllung der von ihm gelieferten Handwerker zu achten. Auf Erfüllung der von ihm gelieferten Handwerker zu achten.

Seit dem 1. d. M. ist hier ein Kriegsgarabier eingetrachtet worden. Derselbe ist der allgemeine Armeewahlkampf des Königl. Kriegsministeriums unterstellt und hat die Bestimmung

Friedrich & Glöckner
 Buch- und Papierhandlung
 Dresden, Hauptstr. 10